

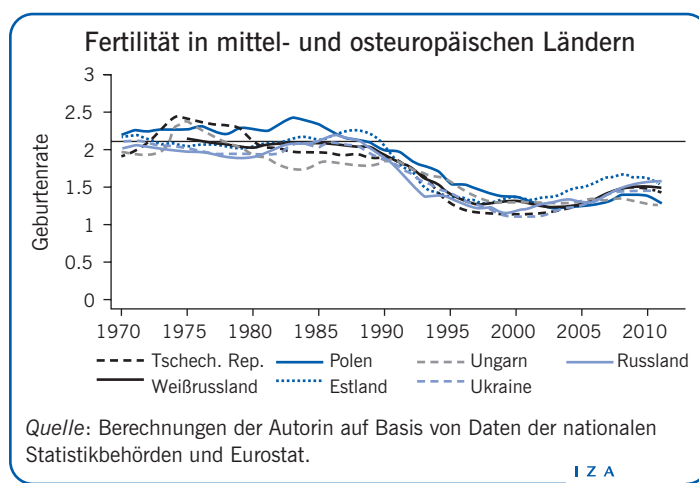
Kann die Politik den Rückgang der Geburtenraten aufhalten?

Die Fertilität der Bevölkerung lässt sich nur begrenzt politisch steuern – der Einfluss gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ist stärker

Schlagworte: Fertilität, Geburtenrate, Familienpolitik, Transformationsländer

RELEVANZ DES THEMAS

Seit 1989 sind Fertilität und Familiengründung in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion stark rückläufig. Die Geburtenraten nähern sich dem westeuropäischen Niveau an, das in den meisten Staaten bereits unter dem Ersatzniveau liegt. Da eine schrumpfende und alternde Bevölkerung die Tragfähigkeit des Rentensystems gefährdet, versuchen viele Regierungen, Anreize für mehr Kinder zu setzen. Der Effekt politischer Maßnahmen ist jedoch begrenzt und kann den gesellschaftlichen Wandel, der zu verbesserten Arbeitsmarktchancen für Frauen und höheren Bildungsrenditen geführt hat, nicht umkehren.



IZA
World of Labor

WICHTIGE RESULTATE

Pro

- + In Mittel- und Osteuropa liegen die Fertilitätsraten bereits unter dem Ersatzniveau.
- + Der Zeitpunkt für Ehe und Kinder verschiebt sich zusehends nach hinten, und die Zahl der alleinerziehenden Mütter steigt.
- + Die Familienpolitik kann den Kinderwunsch unterstützen, insbesondere die Entscheidung für ein zweites oder drittes Kind.
- + Um den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten, erscheinen geburtenfördernde Politikmaßnahmen in Verbindung mit mehr Zuwanderung am effektivsten.

Contra

- Die zuletzt rückläufigen Geburtenraten könnten auch darin begründet sein, dass Frauen später, aber nicht weniger Kinder kriegen.
- Bis die Frauen, die seit den 1990er Jahren im gebärfähigen Alter sind, das Ende ihrer Fruchtbarkeit erreicht haben, lässt sich der Fertilitätsrückgang nicht abschließend bewerten.
- Eine pronatalistische Politik wird die gesellschaftlichen Veränderungen, die zu Geburtenraten unter dem Ersatzniveau geführt haben, nicht umkehren können.
- Es gibt keine klaren Belege für die Kosteneffektivität der verschiedenen politischen Maßnahmen zur Geburtenförderung.

KERNBOTSCHAFT DES AUTORS

Mit familienpolitischen Maßnahmen lassen sich die Geburtenraten nur in begrenztem Maße steigern. Der Fertilitätsrückgang unter das Ersatzniveau, das die Bevölkerungszahl stabil halten würde, wird sich in Mittel- und Osteuropa dadurch kaum aufhalten lassen. Individuelle Anreize, in Bildung und Karriere zu investieren, scheinen den Kinderwunsch deutlich stärker zu beeinflussen als die Politik. Um einer weiteren Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung entgegenzuwirken, sollte die Geburtenförderung daher durch eine offenere Zuwanderungspolitik ergänzt werden.